

Gemeinsames Positionspapier



Gegen die geplante Erhöhung der Alkoholsteuer auf Spirituosen

Die von der Bundesregierung im Rahmen der Eckwerte zum Haushalt 2027 diskutierte Erhöhung der sogenannten Alkoholsteuer betrifft ausschließlich Spirituosen, während andere alkoholhaltige Getränke unangetastet bleiben. Die unterzeichnenden Branchenverbände und Initiativen lehnen diese Maßnahme ab. Sie ist weder fiskalisch verlässlich oder gesundheitspolitisch zielgenau noch wirtschafts- und ordnungspolitisch überzeugend und gefährdet Arbeitsplätze, mittelständische Strukturen sowie die soziale Infrastruktur in Städten und ländlichen Räumen.

Die Zahlen sprechen eine klare Sprache:



1. Steuerliche Schieflage: Wesentlich Gleiches wird ungleich behandelt

Bereits heute besteht eine erhebliche steuerliche Schieflage. Spirituosen machen lediglich rund 4 Prozent des Gesamtkonsums alkoholhaltiger Getränke in Deutschland aus, tragen jedoch bereits heute etwa 70 Prozent des gesamten Alkoholsteueraufkommens. Gleichzeitig liegt ihr Anteil am konsumierten Reinalkohol bei nur 18 bis 20 Prozent. Die bestehende steuerliche Belastung ist damit bereits jetzt überproportional hoch.

Die 2018 vorgenommene Umbenennung der „Branntweinsteuer“ in „Alkoholsteuer“ verstärkt die Verzerrung zusätzlich, da sie in der öffentlichen Wahrnehmung suggeriert, alle alkoholhaltigen Getränke würden gleichermaßen besteuert. Tatsächlich ist dies nicht der Fall. Da alle alkoholischen Getränke Ethanol enthalten und selbst die Deutsche Gesellschaft für Ernährung (DGE) in ihren Empfehlungen keine Risikodifferenzierung zwischen verschiedenen Getränkeregionen vornimmt, ist eine zusätzliche einseitige Belastung von Spirituosen weder sachgerecht noch konsistent. Sie verschärft die bestehende strukturelle Schieflage weiter und wirft auch mit Blick auf das Gleichheitsgebot verfassungsrechtliche Fragen auf.

2. Fiskalische Wirkung: Im besten Fall ein Nullsummenspiel

Auch fiskalpolitisch ist die geplante Steuererhöhung nicht überzeugend. Zwar zielen die Vorschläge der Finanzkommission Gesundheit auf zusätzliche Einnahmen von rund 500 Millionen Euro bis 2027 und bis zu 1,2 Milliarden Euro bis 2029 durch eine nahezu Verdopplung der Alkoholsteuer innerhalb von drei Jahren. Diese Annahmen stehen jedoch auf unsicherem Fundament.

Ökonomische Modelle zeigen, dass Preissteigerungen bei Spirituosen unmittelbar zu messbaren Konsumrückgängen und Ausweichreaktionen führen. Verbraucherinnen und Verbraucher weichen auf andere alkoholische Produkte aus, die der Alkoholsteuer auf Spirituosen nicht unterliegen und damit geringer besteuert sind, und verlagern Käufe über Grenzen hinweg. Dadurch schrumpft die Steuerbasis unabhängig von steigenden Steuersätzen. Gleichzeitig sind Rückgänge bei Umsatzsteuer, Gewerbesteuer und lohnbezogenen Abgaben entlang der gesamten Wertschöpfungskette zu erwarten.

Im Ergebnis droht die Maßnahme im besten Fall ein fiskalisches Nullsummenspiel zu bleiben, im ungünstigsten Fall sogar zu staatlichen Mindereinnahmen zu führen. Internationale Erfahrungen bestätigen dieses Risiko: In Großbritannien haben Alkoholsteuererhöhungen nachweislich zu Mindereinnahmen geführt. Gemessen an der Größenordnung der aktuellen Haushaltslücke würde eine Anhebung der Alkoholsteuer auf Spirituosen ohnehin allenfalls einen sehr begrenzten Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten.

3. Wirtschaftliche Folgen: Mittelstand und Wertschöpfungskette unter Druck

Die wirtschaftlichen Auswirkungen wären hingegen erheblich. Die Spirituosenbranche in Deutschland steht für ein Marktvolumen von rund 9,6 Milliarden Euro (Stand 2024), ist stark mittelständisch geprägt und wirkt entlang der gesamten Wertschöpfungskette. Rund 10.000 kleine und mittelständische Brennereibetriebe sind eng mit regionaler Wertschöpfung, landwirtschaftlichen Strukturen, handwerklicher Tradition und Landschaftspflege verbunden. Das traditionelle Brennerhandwerk ist Teil des immateriellen Kulturerbes der UNESCO.

Eine zusätzliche steuerliche Belastung würde nicht isoliert wirken, sondern die gesamte Wertschöpfungskette betreffen – von Herstellern über regionale Großhändler und Zulieferer bis hin zu Handel, Gastronomie und Barkultur. Viele Unternehmen stehen bereits heute unter erheblichem Kostendruck, leiden unter schwacher Nachfrage und gedämpfter Investitionsbereitschaft. In einer solchen wirtschaftlich angespannten Phase braucht es Planungssicherheit und Investitionsanreize, nicht zusätzliche Belastungen.

4. Inkonsistente Steuerpolitik

Die Debatte um eine höhere Spirituosensteuer steht zudem im direkten Widerspruch zu bestehenden politischen Maßnahmen. Die Gastronomie wurde zuletzt durch die dauerhafte Absenkung der Mehrwertsteuer auf Speisen auf 7 Prozent gezielt entlastet. Dies soll auch so bleiben. Eine gleichzeitige Mehrbelastung von Spirituosen würde diese Entlastungswirkung konterkarieren und zu inkonsistenten politischen Signalen führen.

Insbesondere getränkegeprägte Betriebe wie Bars und Clubs profitieren von einer Mehrwertsteuerabsenkung auf Speisen strukturell kaum, wenn gleichzeitig ihre zentrale wirtschaftliche Grundlage – der Getränkeumsatz – durch höhere Abgaben geschwächt würde. Das Ergebnis wäre kein kohärentes steuerpolitisches Konzept, sondern ein Nullsummenspiel mit zusätzlicher Belastung für Betriebe, die wesentlich zur gastronomischen Vielfalt, lokalen Wertschöpfung und gesellschaftlichen Begegnung beitragen.

5. Gesundheitspolitische Wirksamkeit nicht belegt

Auch gesundheitspolitisch überzeugt die Maßnahme nicht. Internationale Bewertungen, unter anderem von WHO und OECD, liefern keinen robusten Nachweis, dass pauschale Steuererhöhungen Alkoholabhängigkeit wirksam reduzieren. Der Alkoholkonsum in Deutschland ist seit Jahren rückläufig – die Klinikbehandlungen wegen Alkoholmissbrauchs gingen laut Statistischem Bundesamt innerhalb eines Jahrzehnts um 46,5 Prozent zurück. Gleichzeitig zeigt eine vom BSI beauftragte Konsummuster-Studien, dass 95 Prozent der Konsumentinnen und Konsumenten Spirituosen maßvoll und anlassbezogen genießen (NielsenIQ 2025)¹. Wie die evaluierten Präventionsmaßnahmen des BSI zeigen, sind gezielte Prävention, konsequenter Jugendschutz und Aufklärung nachweislich wirksamer als pauschale Steuererhöhungen auf einzelne Produktkategorien.

6. Gastronomie, Barkultur und gesellschaftlicher Zusammenhalt

Besonders betroffen von einer Steuererhöhung wären getränkegeprägte Gastronomiebetriebe wie Bars, Kneipen Clubs und Vereinsheime. Diese Betriebe leben wesentlich vom Getränkeumsatz und stehen bereits seit Jahren unter massivem wirtschaftlichem Druck. Bundesweit sichern sie rund 225.000 Arbeitsplätze.

Die Lage ist bereits kritisch: Von 2015 bis 2024 sank die Zahl der Betriebe um über 20 Prozent – von 41.000 auf 32.000. Allein im Jahr 2025 mussten nach Angaben von Creditreform rund 2.900 Gastronomiebetriebe Insolvenz anmelden. Die Insolvenzzahlen steigen seit 2023 wieder an.

Die von der Initiative Cocktail.Kultur.Gesellschaft. beauftragte Studie von EY Parthenon (2026) zur Lage der getränkegeprägten Gastronomie in Deutschland unterstreicht die zentrale Rolle dieser Betriebe – sowohl als wirtschaftliche Akteure als auch als gesellschaftliche Treffpunkte. Bars, Kneipen und Clubs sind sogenannte „Dritte Orte“ neben Zuhause und Arbeitsplatz: niedrigschwellige Räume für Begegnung, Nachbarschaft, kulturelles Leben und sozialen Austausch. Gerade im ländlichen Raum wie auch in städtischen Quartieren übernehmen sie wichtige soziale Funktionen.

Die EY-Parthenon-Studie zeigt auch den internationalen Befund: In Frankreich verschwanden innerhalb von 20 Jahren rund 18.000 Bars. Regionen mit den stärksten Rückgängen sind heute Hochburgen populistischer Parteien. Preiserhöhungen treffen dabei nicht primär den Konsum an sich, sondern die Frequenz: Gäste gehen seltener aus und kürzen ihre Aufenthalte. Das trifft Kneipen, Clubs, Bars und Vereinsheime existenziell und hat Auswirkungen auf die Attraktivität von Innenstädten und lokale Wirtschaftsstrukturen.

Unsere Gemeinsame Forderung:

Die unterzeichnenden Branchenverbände und Initiativen fordern die vollständige Streichung der geplanten Spirituosensteuererhöhung aus dem Stabilisierungspaket der Bundesregierung.

Statt einer kontraproduktiven Steuererhöhung, die keine stabilen Mehreinnahmen generiert, aber tausende Arbeitsplätze, mittelständische Strukturen, gewachsene Kiez- und Kulturlandschaften sowie gesellschaftliche Teilhabe gefährdet, braucht es eine ausgewogene, kohärente und evidenzbasierte Wirtschafts- und Steuerpolitik. Die getränkegeprägte Gastronomie ist ein unverzichtbarer Teil der sozialen und wirtschaftlichen Infrastruktur Deutschlands und muss als solcher anerkannt und geschützt werden.

Zielführende Maßnahmen zur Verringerung schädlichen Alkoholkonsums sind gezielte Prävention, konsequenter Jugendschutz, Aufklärung und verantwortungsvolle Vermarktung.

¹ <https://www.ernaehrungsindustrie.de/spirituosenmarkt-in-deutschland-weniger-menge-mehr-bewusstsein/>

Gezeichnet von:

Bundesverband der Deutschen Spirituosen-Industrie und -Importeure e.V. (BSI)

Bundesverband Wein und Spirituosen International e.V. (BWSI)

Bundesverband der Deutschen Klein- und Obstbrenner e.V. (BDKO)

Bundesverband der Obstverschlussbrenner e.V. (BdO)

Bund deutscher Edalkorn-Brenner

Cocktail.Kultur.Gesellschaft. – Initiative für kreativen und verantwortungsvollen Genuss

Deutsche Barkeeper-Union e.V.

Denkfabrik Zukunft der Gastwelt (DZG)

Berlin, 23. Juni 2026